67. Jahrgang. № 484 Dienstag, 14. November 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegrammadresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 275,—. Einzelnummer M. 12,—, Sonntagsausgabe M. 15,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile M. 35,—, außerhalb Sachsens M. 45,—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 30,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

HUPFELD RÖNISCH GRUNERT Dresden-A. 24 Waisenhausstr. 24

Grunert-Flügel und Pianos

aus unserer Zweigfabrik Johanngeorgenstadt

Klangschön - Geschmackvoll - Dauerhaft - In mittlerer Preislage - Kulante Kaufsysteme - Bequeme Zahlweise

HUPFELD RÖNISCH GRUNERT Dresden-A. 24 Waisenhausstr. 24

Reichsbankgold für die Markstabilisierung.

Ein neues Angebot der Reichsregierung an die Repko.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 13. Nov. Der Reichsbankpräsident Havenstein hat heute an den Reichskanzler Dr. Wirth ein Schreiben gerichtet, in dem er die offizielle Bereitwilligkeit der Reichsbank, unter gewissen Voraussetzungen an einer Stützungsaktion für die Mark teilzunehmen, ausspricht. Ferner fand heute nach Mitteilung einer hiesigen Korrespondenz eine Kabinettssitzung statt, in der beschlossen wurde, ein neues Angebot an die Reparationskommission zu machen. Dieses Angebot soll in einer Note erfolgen, die morgen formuliert werden soll. In diesem Angebot soll der Reparationskommission mitgeteilt werden, daß die Reichsbank sich offiziell bereit erklärt hat, sich mit einer größeren Millionensumme in Goldmark an einer der Stabilisierung der Mark dienenden Anleihe, die von ausländischen Bankiers begeben werden soll, zu beteiligen.

Die auffällige Annäherung Englands an Frankreich.

London, 13. Nov. Der Schatzsekretär Baldwin erklärte in einer Rede in New-Castle, man könne nicht auf eine Besserung der Handelslage in Europa hoffen, bevor eine Regelung der Reparationsfrage erzielt worden sei. Das sei unmöglich ohne ein weit engeres Einvernehmen mit Frankreich, als es in letzter Zeit bestanden habe. Frankreich sei nicht immer ein Nachbar gewesen, mit dem leicht zu arbeiten war, aber die Lage Frankreichs sei von der Englands verschieden. Wenn die Engländer das offen anerkennten, würden sie besser in der Lage sein, Frankreich zu verstehen. Frankreich stehe unter dem Eindrucke, daß England bereit sei, seinerseits Deutschland gegenüber alle Ansprüche aufzugeben mit der Begründung, daß der Handel Englands mit Deutschland für die Engländer von überragender Wichtigkeit sei. Frankreich irre sich jedoch, der Handel Frankreichs mit England sei mindestens so wichtig, wenn nicht wichtiger für die Engländer, als der Handel mit Deutschland. England werde Deutschland nicht entwischen lassen. Wenn jedoch durch unvorsichtige Behandlung Deutschland in den Bankerott oder möglicherweise in die Revolution getrieben werde, so werde Frankreich selbst die Krebswunde Europas an seinen eigenen Grenzen sehen. (W. T. B.)

Churchill für Erhöhung der Reparationen.

London, 13. Nov. Churchill erklärte in einer Rede in Dundee, er habe sich bei den letzten Wahlen zu einer Eintreibung deutscher Reparationen in Höhe von 2 Milliarden Pfund Sterling verpflichtet. Die Ereignisse der letzten vier Jahre hätten ihn jedoch überzeugt, daß nicht der mindeste Grund bestehe, daß Deutschland nicht sogar 2½ Milliarden, und zwar in Jahreszahlungen von 120 Millionen Pfund Sterling zahlen könne. England sei vollauf berechtigt, von seinen Schuldnern auf dem Kontinent und von Deutschland genügende Zahlungen zu fordern, die es in den Stand setzen würden, seine Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten zu erfüllen. (W. T. B.)

Lloyd George auf der Wahltour.

London, 11. Nov. Lloyd George unternimmt gegenwärtig in einem Extrazug eine Wahltour durch Wales und hält auf den einzelnen Bahnstationen in walisischer Sprache Reden. Nächste Woche wird er eine letzte Tour durch Lancashire unternehmen.

Die Volkspartei gegen das „Kabinett der wirtschaftlichen Kräfte".

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 13. Nov. Aus parlamentarischen Kreisen wird über die Tagung der Deutschen Volkspartei mitgeteilt: Fraktion und Parteivorstand der Deutschen Volkspartei sind heute zusammengetreten. Sie waren beide der gleichen Ansicht, daß man den Vorschlägen des Reichskanzlers bezüglich der Heranziehung von Wirtschaftlern, deren Parteizugehörigkeit zur Deutschen Volkspartei offiziell ignoriert werden sollte, was also eine Art Versteckspielen bedeuten würde, nicht folgen könne. Die Auffassung gehe dahin, daß es unmöglich sei, an der Bildung eines Ministeriums mitzuwirken, dessen Mitglieder, obwohl sie von der Partei vorgeschlagen werden sollen, offiziell als nicht zur Partei gehörig betrachtet werden sollen. Die Deutsche Volkspartei habe zwar häufig ihre Bereitschaft zur positiven Mitwirkung erklärt, sei dazu aber außerstande, wenn die anderen Parteien, die an der Regierung teilnehmen sollen, sich nicht auch offen zu einer Mitarbeit mit der Deutschen Volkspartei bereiterklären. Klarheit sei das Gebot der Stunde. Die Volkspartei könne eine Kabinettsbildung nicht unterstützen, die diese Voraussetzung nicht erfülle, sondern die alles im unklaren lasse wie bisher.

Kanzler und Arbeitsgemeinschaft für die große Koalition.

Eine Mitteilung an die Sozialisten.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 13. Nov. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte trat heute um 5 Uhr nachmittags zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler zusammen. Der Reichskanzler richtete an die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft die Frage, ob sie den Wunsch hätten, die Deutsche Volkspartei in die jetzige Regierung hineinzunehmen. Die Abgeordneten Dr. Petersen (Dem.) und Marx (Zentr.) erklärten, daß sie dafür seien, daß die Deutsche Volkspartei in die jetzige Regierungskoalition hineingezogen würde. Der Abgeordnete Leicht (Bayr. Vp.) äußerte sich ähnlich, behielt sich aber seine Stellungnahme noch vor, da er mit seiner Fraktion noch nicht gesprochen habe. Der Reichskanzler hielt ebenfalls den Eintritt der Volkspartei für wünschenswert, damit gegenüber den bestehenden Schwierigkeiten eine starke Regierung möglich sei. Den Sozialdemokraten ist daraufhin mitgeteilt worden, daß der Reichskanzler und die Parteien der Arbeitsgemeinschaft den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung wünschten. Die Stimmung der Sozialdemokraten ist nach wie vor gegen ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei im Reichskabinett gerichtet.

Gestern tagte der sogenannte Zweite Ausschuß, der sich mit der Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms zu beschäftigen hat.

Der Fraktionsbeschluß der Sozialdemokraten.

Berlin, 13. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Frage der Regierungsumbildung folgenden Beschluß gefaßt: Die Fraktion erklärt, daß sie an der Forderung der Stabilisierung der Mark als der dringendsten Forderung der inneren und äußeren Politik festhält und nur in ein Kabinett eintreten kann, das diese Politik konsequent vertritt. Sie erblickt in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierung der Mark und damit für die Förderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems. (W. T. B.)

Politik der Planlosigkeit.

Daß das Reichskabinett in schweren Nöten ist, in außen- wie innenpolitischen, ist durchaus keine Neuerscheinung auf dem Gebiete der deutschen Politik. Das ist beinahe ebenso alltäglich geworden, wie die Bestrebungen nach einer Umbildung des Kabinetts, die den Ausweg aus allen Nöten bringen soll. Und doch ist bei den ewigen Verhandlungen und Umbildungsbesprechungen nie etwas herausgekommen. Der Reichswirtschaftsminister macht sozialistische, der Finanzminister Hermes seine eigene und der Reichskanzler treibt Pendelpolitik. Daraus ergibt sich eine Kompromißlerei, die alles andere darstellt als eine planmäßige, nach festumrissenem Programm arbeitende Politik. Und wenn jetzt der Reichskanzler nach einer offiziösen Auslassung auf der Suche ist nach einigen „fachverständigen und beherzten Männern, die ihm helfen können, die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu überstehen", so wird das vermutlich nur eine neue politische Richtung neben die alten setzen, wird die Reibungen innerhalb des Kabinetts noch vermehren, wenn nicht endlich der verantwortliche Leiter der deutschen Politik daran geht, ein festes Programm aufzustellen, an dem das ganze Kabinett einheitlich zusammenwirkt. Denn heute ist — das kann man nach Abschluß der Verhandlungen mit der Reparationskommission sagen, ohne gegen die Mahnung des Kanzlerblattes: Schweigen ist die erste Journalistenpflicht, um die Verhandlungen nicht zu stören, zu verstoßen — die ganze Planlosigkeit so deutlich zutage getreten und so offenbar zusammengebrochen, daß endlich mal Abhilfe geschafft werden muß. Paart sich diese Programmlosigkeit dann noch mit einer Scheu vor der Verantwortung, wie sie Barthou der deutschen Regierung vorwirft, so ergibt sich daraus das jammervolle Bild, das die Verhandlungen mit der Reparationskommission eben entrollt haben.

Man braucht gewiß den Aeußerungen feindlicher Politiker keine allzu große Bedeutung beizumessen, zumal die Mitglieder der Reparationskommission mit ihrem Ruf nach positiven deutschen Vorschlägen zweifellos auch ihre eigene Entschlußunfähigkeit verschleiern möchten. Man mag auch darüber hinwegsehen, daß der schließlich auf Drängen der Reparationskommission eingereichte Vorschlag eine geistige Anleihe bei den ausländischen Sachverständigen bedeutet. Nachdem nun aber einmal die ausländischen Sachverständigen als Voraussetzung für jede, auch die provisorische Stabilisierungsaktion die Einstellung aller Reparationsleistungen gefordert haben, durfte der Reichskanzler nicht über diesen Plan hinausgehen und ihn dadurch wieder in Frage stellen, daß er Sachleistungen für diese Zeit anbot. Das ist Inkonsequenz und Planlosigkeit, die sich bitter rächen muß, wenn es zur Durchführung dieses Planes kommen sollte. Schlimmer noch ist es für einen Politiker, der als seinen Grundsatz das Wort geprägt hat: „Erst Brot, dann Reparationen", wenn ihm Bradburn, der deutscherseits so gern als Kämpfer gegen den Reparationsunfug zitiert wird, bescheinigt, es gebe keine Möglichkeit, in der Reparationsfrage Fortschritte zu machen, wenn nicht ein Plan formuliert wird und die unerläßlichen Vorbedingungen hierzu freimütig gefordert werden. Kann es eine schlimmere und deutlichere Verurteilung der deutschen Passivität geben, als diese offene Kritik Bradburys? Es leuchtet ohne weiteres ein, wenn Bradburn betont, daß es nicht Sache der Alliierten sei, Deutschland Zugeständnisse anzubieten. Wir stehen heute vor einem neuen Wiederzusammentritt des Morgan-Komitees, wir stehen vor der Brüsseler Konferenz, wir können und müssen handeln, um so mehr, als Frankreich offenbar die Gunst des Augenblicks benutzen will, um möglichst viel von seinen Rhein- und Ruhrplänen in Sicherheit zu bringen. Die psychologische Erfassung des Augenblicks, die uns Frankreich vormacht, ist aber unvereinbar mit jener „passiven Planlosigkeit", von der Bismarck einmal sagt, sie sei froh, wenn sie in Ruhe gelassen werde, sie könne aber inmitten Europas nicht durchgeführt werden.

Eine aktive Reparationspolitik, die „freimütig die unerläßlichen Reparationsvoraussetzungen fordert", aber ist nicht möglich, wenn wir nicht auch im Innern endlich daran gehen, nach festen Wiederaufbauzielen zu arbeiten. Nicht die Forderungen der Entente, die Industrie an der Regierung zu beteiligen, sondern einzig und allein die unabweisbare innerpolitische Notwendigkeit, den Kräften, die allein heute noch Deutschland am Leben erhalten, den Kräften der deutschen Wirtschaft endlich einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung einzuräumen, macht heute die Umbildung der Reichsregierung zur Pflicht, um endlich in letzter Stunde ein Wirtschaftsprogramm zu schaffen, das den wirtschaftlichen Kräften Deutschlands freie Bahn schafft, um zur Rettung Deutschlands wenigstens das zu leisten, was in unseren Kräften steht. Das Programm und seine Durchführung ist die Hauptsache, weniger die Personen. Und wenn der Reichskanzler nach beherzten Männern ruft, so wird alle Beherztheit neuer Mitarbeiter nichts nutzen, wenn er nicht selbst der Beherzteste ist, nicht selbst seinen Willen bekundet, das ganze Volk zu höchster Ausnutzung aller Kräfte aufzurufen. Die neuen Männer können Mitarbeiter

Die Erdbebenkatastrophe in Südamerika.

Erdbeben und Springflut.

London, 13. Nov. Der Herd des Erdbebens wird in der ganzen vulkanischen Gebirgsgegend südlich des Titikakasees vermutet. Die Fernwirkung des Erdbebens war noch an der Ostküste Südamerikas sehr stark. In Buenos Aires blieben mit einem Schlage alle Uhren stehen und alle Lichter erloschen. Selbst in den englischen und italienischen Observatorien war der Ausschlag der Seismographen ungewöhnlich groß. In Broomwich schlugen nachts die Alarmglocken an und die Zeiger des Seismographen wurden aus dem Gehäuse herausgeschleudert. Aus Neuyork wird gemeldet, daß auch die Havaischen Inseln am Freitag abend von einer schweren Flutwelle heimgesucht wurden, die mehrere im Hafen verankerte Schiffe losriß. In ganz Südamerika herrscht nach den bisher eingegangenen Meldungen eine panikartige Stimmung.

Paris, 13. Nov. Der erste Stoß, der in der Nacht zum Sonnabend erfolgte, war besonders heftig und seine Wirkung war verheerend, weil zu gleicher Zeit eine Springflut das Meer weit in das Land hineintrug. Nach dem Urteil eines französischen Gelehrten ist es eins der stärksten Erdbeben, das jemals beobachtet wurde.

Ueber 1000 Tote.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 13. Nov. Nach hier eingegangenen letzten Nachrichten über das Erdbeben in Chile sind in Coquimbo und Copiapo, die fast vollkommen vom Erdboden verschwunden sind, bis jetzt über 1000 Tote gezählt worden. Die meisten Leichen konnten gar nicht gefunden werden, weil das sich zurückziehende Wasser sie in das Meer mitriß. Die Strecke der pazifischen Bahn in der Nähe von Coquimbo, die dicht am Meeresstrande läuft, ist vollkommen von der Erdoberfläche verschwunden und ein Teil der Strecke von etwa 1½ Kilometer wird neu gebaut werden müssen. Die chilenische Regierung hat sofort eine ausgedehnte Rettungsaktion in die Wege geleitet. Aus der Hauptstadt sind Sonderzüge mit Aerzten, Sanitäts- und Nahrungsmitteln nach der Stätte des Unglücks abgegangen. Der Schaden wird auf etwa 100 Millionen Goldpesos geschätzt.

Weitere Opfer der Katastrophe.

Santiago de Chile, 13. Nov. Das Erdbeben hat mindestens 1000 Opfer gefordert. Mehrere tausend Personen sind ohne Lebensmittel und Obdach. Außer einer großen Zahl Opfer, die aus Copiapo und Coquimbo gemeldet werden, sind 500 Tote in Vallanar zu beklagen. Diese Gegend ist völlig verwüstet. Auch in den südlichen Städten, von denen bisher noch keine Nachrichten vorliegen, sind höchstwahrscheinlich Opfer zu beklagen.

Das Beileid der deutschen Regierung.

Berlin, 13. Nov. Der deutsche Gesandte in Santiago de Chile ist beauftragt worden, dem Präsidenten der chilenischen Republik zum schweren Erdbebenunglück die Anteilnahme des Reichspräsidenten und der deutschen Regierung auszusprechen. Dem hiesigen chilenischen Gesandten hat der Reichskanzler einen Beileidsbesuch abgestattet. (W. T. B.)

Dollar (Amtlich): 8125
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7725